

Parlamentswahl in Israel

«Über Hamas ist man sich einig»

Zwar hat die Wahl in Israel die Parteistärken massiv verändert. Für das Verhältnis Israels zu den Palästinensern hat das aber wenig Folgen, meint ein Experte.

INTERVIEW VON ANDREAS TUNGER-ZANETTI

Die Wahl hat mehrere Überraschungen gebracht. Welche ist für Sie die grösste? **Ludwig Watzal** *: Das unerwartet schwache Abschneiden von Kadima. Überrascht hat mich auch das Resultat der Arbeitspartei, das ganz anständig ist, wenn man bedenkt, in welchem Zustand Amir Peretz die Partei erst im November übernommen hat.

Und das Desaster des Likud?

Watzal: Das habe ich erwartet. Der jetzige Likud plus Kadima haben fast die Sitzzahl des früheren Likud in der alten Knesset. Hingegen war ich doch erstaunt über das starke Abschneiden der extremen Nationalisten von Israel Beitenu, die zum Beispiel die israelischen Araber loswerden will, indem man Teile Galiläas einem Palästinenserstaat angliedert und dafür Teile des Westjordanlands annektiert.

Was bedeutet dieser Erfolg von Israel Beitenu?

Watzal: Parteichef Avigdor Lieberman ist von der Mandatszahl her der stärkste Politiker auf der rechten Seite und beansprucht für diese Seite eine Führungs- und Sprecherrolle, die früher der Likud innehatte.

Was bedeutet der Wahlausgang für die Regierungsbildung?

Watzal: Ich rechne mit einer Regierung aus Kadima, Arbeitspartei, der ultraorthodoxen Schas-Partei und der Rentnerpartei, die aus dem Stand 7 Sitze geholt hat. Eine solche Koalition käme auf 68 der 120 Sitze. Es könnten eventuell auch die sozialdemokratische Meretz und das Vereinigte Thora-Judentum dazustossen.

Ist nicht auch eine reine Mitte-links-Regierung denkbar?

Watzal: Theoretisch ginge das mit Kadima, Arbeitspartei, Meretz und den arabischen Parteien. Eine Regierung, die sich aus Teilen des Westjordanlands zurückziehen will, kann sich das aber nicht leisten.

Warum?

Watzal: Weil eine solche Regierung von den Stimmen der arabischen Parteien abhinge. Die Regierung von Jitzhak Rabin, in der das auch so war, wurde ständig von den Rechtskonservativen delegitimiert mit dem Argument: Rabin, du hast keine jüdische Mehrheit. Das wirkt sich in der politischen Diskussion verheerend aus. Olmert wird sich nicht auf eine solche angreifbare Mehrheit stützen wollen.



Er kann und will weiterregieren: Israels amtierender Ministerpräsident, Wahlsieger Ehud Olmert, küsst seine Frau Aliza. KEYSTONE

Die Arbeitspartei plädiert für direkte Verhandlungen mit den Palästinensern, Olmerts Kadima plant einseitige Schritte. Warum ist die Arbeitspartei trotzdem bereit, mit Kadima zu regieren?

Watzal: Innerhalb der israelischen Gesellschaft gibt es einen breiten Konsens darüber, wie Israel mit dem Konflikt und den Palästinensern umgehen soll. Die Arbeitspartei ist da gar nicht weit entfernt von Kadima. Das haben im Jahr 2000 die Verhandlungen von Premier Ehud Barak mit Jasser Arafat gezeigt. Barak war letztlich auch nicht bereit, den Palästinensern einen Staat im klassischen Sinn zu geben, sondern ein zerfranstes Gebilde auf 55 bis 60 Prozent der 1967 besetzten Gebiete.

Was bedeutet die Konstellation in Israel und bei den Palästinensern mit ihrer Hamas-Regierung für den Konflikt?

Watzal: Über Hamas sind sich bisher in Israel fast alle Parteien einig: Solange Hamas nicht vom Terrorismus Abstand nimmt, Israel und die mit Israel geschlossenen Verträge anerkennt, kommen Verhandlungen nicht in Frage.

Die Israelis haben Palästinenserpräsident Abbas angeboten, direkt mit ihm zu verhandeln.

Watzal: Das schon. Doch Abbas hat ja auch eine Regierung, und wenn eine andere Regierung mit dieser nicht verhandeln will, wird dabei nicht viel herauskommen.

Also gar keine Bewegung?

Watzal: Denkbar ist ein pragmatisches Herangehen, wie es Israel schon mit der PLO praktiziert hat, oder eventuell sogar Geheimverhandlungen mit Hamas. Es gibt ja bereits heute an manchen Orten Hamas-Bürgermeister,

«Denkbar ist ein pragmatisches Herangehen, wie es Israel schon mit der PLO praktiziert hat.»

EXPRESS

► Nach den Wahlen ist jetzt eine neue Hürde zu nehmen: die Regierungsbildung.

► Am gespannten Verhältnis zu den Palästinensern haben die Wahlen nichts geändert.

die auch mit der israelischen Militärverwaltung praktische Dinge regeln müssen.

Und wenn das nicht geschieht?

Watzal: Dann wird es zu einseitigen Schritten kommen, wie von Olmert angekündigt.

* Ludwig Watzal beobachtet den Nahen Osten seit vielen Jahren und hat mehrere Bücher über den Palästina-Konflikt veröffentlicht, zuletzt «Feinde des Friedens» (2002). Er ist Lehrbeauftragter an der Universität Bonn und freier Publizist.

Das Parlament nach den Wahlen

In Israels Parlament, der Knesset, belegen künftig folgende Parteien den Grossteil der 120 Sitze:

Kadima (28 Sitze, in der letzten Knesset nicht vertreten): Die Neugründung Ariel Scharons hat sich erfolgreich in der Mitte des politischen Spektrums positioniert. Wie Scharon gehören ihr zahlreiche ehemalige Likud-Mitglieder an. An Stelle Scharons, der seit Januar im Koma liegt, hat Ehud Olmert (Bild) die Parteiführung übernommen.

Arbeitspartei

(20 Sitze, bisher 19): Der neue Parteichef Amir Peretz (Bild) hat das Programm wieder stärker an Wirtschaftsfragen ausgerichtet und vertritt eine sozialistische Linie. Im Konflikt mit den Palästinensern unterstützt die Arbeitspartei weitere Rückgaben von Land.



Schas (13, bisher 11): Die ultraorthodoxe Schas vertritt die sefardische Gemeinde, also religiöse Juden, die aus arabischen Ländern und Nordafrika eingewandert sind. Sie konzentriert sich auf soziale Themen und hat in den Koalitionen Ende der Neunzigerjahre regelmässig das Zünglein an der Waage gespielt, bis Scharon sie von 2002 an gezielt umgangen hat.

Israel Beitenu

(12, bisher 3): Unser Haus Israel ist eine ultranationalistische Partei, die von jüdischen Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion gegründet wurde. Avigdor Lieberman (Bild) ist heimlicher Sieger der israelischen Parlamentswahl. Seine Gruppierung hat überraschend den Likud als führende rechte Partei verdrängt. Die Partei will durchsetzen, dass arabische Dörfer in unmittelbarer Nachbarschaft zu israelischen Siedlungen aufgelöst werden. Sie zählt zu den überraschenden Gewinnern der Wahl.



Likud (11, bisher 38): Mit Scharons Austritt aus der rechts-konservativen Partei ist der Likud aus dem Tritt geraten. Zurückge-

blieben sind in der früheren Regierungspartei die Gegner der von Scharon propagierten Lösung, noch mehr Land – wie im Sommer 2005 den Gazastreifen – aufzugeben. Gemeinsam mit anderen rechten Parteien könnte der Likud die Pläne behindern. Die Partei unter Ex-Ministerpräsident Benjamin Netanjahu (Bild) rangiert nun nur noch auf Platz fünf der Fraktionen.

Arabische Parteien (10, bisher 7): Hadasch, Balad und die Vereinigte Arabische Liste sind linke Parteien, die einen Grossteil der arabischen Bevölkerung vertreten. Araber machen einen Fünftel der israelischen Bevölkerung von knapp sieben Millionen Menschen aus.

Nationalreligiöse Partei/Nationale Union (9, bisher 8): Von den beiden ultranationalistischen Parteien will die NRP vor allem eine stärkere religiöse Bildung durchsetzen, die Nationale Union jede weitere Landrückgabe verhindern.

Rentnerpartei Gil (7, Neugründung): Parteichef Rafael Eitan hat die Partei auf Anhieb mit 7 Mandaten ins Parlament geführt. Ihr Name Gil ist eine Abkürzung für Rentner für dich. Die Partei fordert eine bessere finanzielle Situation der Senioren und ist ein möglicher Koalitionspartner für Kadima.

Thora-Judentum (6, bisher 5): Eine weitere ultraorthodoxe Partei, die vor allem die Interessen ihrer religiösen Gemeinschaft vertritt und insofern als Koalitionspartner für die Kadima in Frage kommt. sda

AKTUELLES

Kein Gehör für einseitige Schritte

Als Sieger der Parlamentswahl in Israel sieht sich der amtierende Ministerpräsident Ehud Olmert mit der «endgültigen» Festlegung der Staatsgrenzen bis 2010 beauftragt. Er bot den Palästinensern neue Verhandlungen an und begann in Israel nach Partnern für eine Koalition zu suchen. Die Palästinenser befürchten, dass Olmert, sollte er seine Ankündigung realisieren, sie mit einem zerstückelten Land zurücklässt, auf dem kein lebensfähiger Staat entstehen kann. Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas forderte Olmert gestern auf, Pläne für die einseitige Festlegung der Grenzen aufzugeben. Auf Olmerts Verhandlungsangebot ging er nicht ein: «Solange Olmert das Thema einseitiger Schritte nicht fallen lässt, wird sich gar nichts tun», sagte er. Der neue palästinensische Ministerpräsident Ismail Hanija forderte von Israel «mutige Schritte», um die Errichtung eines «souveränen palästinensischen Staats mit Jerusalem als Hauptstadt» zu ermöglichen. sda/afp/dpa/reuters

Die Wahlnacht auf dem Demokratie-Platz

21 Uhr 59 Minuten 50 Sekunden: Als wäre es Silvester, beginnt auf dem Rabin-Platz vor dem Tel Aviver Rathaus die Menge lautstark den Countdown zu zählen. Dann ist es so weit. Auf der das gesamte zwölfstöckige Rathaus bedeckenden Leinwand flimmern die ersten Hochrechnungen auf. Die Mandatssäulen der vermeintlich drei grössten Parteien schnellen in die Höhe: Kadima 31 Mandate, Arbeitspartei 20, Likud 12.

Erster Jubel, nicht für Wahlsieger Kadima, sondern Schadenfreude über Likud und deren verhassten Anführer Netanjahu: «Bibi ist weg vom Fenster», tönt es. Und härter: «Wir haben Bibi kastriert.» Die zweite Dreiergruppe mit Beitenu, Schas und Nationale Union löst Unruhe aus; man mag hier weder Nationalisten noch Religiöse. Dann erst ungläubiges Staunen, dann lauter Jubel. Pensionäre 7 Mandate! «Wir haben es geschafft!», rufen die einen, «wir haben es denen gezeigt», schreien andere. Der Beobachter schaut sich um und ist etwas irritiert: «Entschuldigung, wie alt sind Sie?» Der Mann antwortet: «28, wa-



Ex-Geheimdienstchef Rafi Eitan jubelt über den Erfolg seiner Rentnerpartei. KEY

rum?» «Weil Sie wegen der Pensionäre jubeln.» Sagt mein Gesprächspartner: «Ich habe sie auch gewählt. Sie haben die Mandate verdient.»

Die Suche nach einem Rentner, der die Pensionärsliste gewählt hat, erweist sich auf dem Rabin-Platz als schwierig. Nein, als erfolglos. Der älteste Pensioniertwähler hat zwar nur noch wenige Haare auf dem Kopf, aber nur 35 Jahre auf dem Buckel. Der Kollege neben ihm ist erst 25-jährig, kontert auf meine stets wiederkehrende Frage mit einem breiten Grinsen: «Ja, ich habe die Pensionäre gewählt. Schliesslich werde ich in 40 Jahren auch Rentner.»

«Platz der Könige Israels» hiess der Rathausplatz von Tel Aviv bis zum 4. November 1995. Nach dem Mord an Jitzhak Rabin am Rande des Platzes wurde er umbenannt. Seither hat sich jeweils am Wahltag eine Tradition gebildet. Man trifft sich hier, diskutiert, streitet sich gar. Nur um dann dem Gegenüber auf die Schultern zu klopfen und ihn zu einem Kaffee einzuladen. Gelebte Demokratie, weshalb der Rabin-Platz mittlerweile auch Platz der Demokratie genannt wird.

Der Abend zieht sich dahin. Die Fussballfreunde sind längst abgezogen, um sich die «Schlacht von Lissabon» anzuschauen. Die Wahl ist vorbei, die Nacht aber noch lange nicht. Denn schliesslich ist sie lau und schön, das Wahlergebnis «kompliziert, aber nicht schlecht», wie einer meint. Doch wichtiger ist, hier ist man unter sich zum Feiern. Fast alle Glatzen sind rasiert und nicht im Laufe eines langen Lebens erworben. Die Schickimicki-Jugend von Tel Aviv ist jetzt unter sich – also die klassischen Pensionäre-Wähler!

CHARLES A. LANDSMANN, TEL AVIV